

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)68

15. Mai 2023

---

## **Stellungnahme Uwe Neumärker**

---

zu dem Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Mahnmahl für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas  
BT-Drucksache 20/6710

**Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages: öffentliche Anhörung am Montag, 22. Mai 2023, von 11.00 bis 13.00 Uhr zum »Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas«**

Nach über einem Jahrzehnt intensiver Debatten beschloss der Deutsche Bundestag am 25. Juni 1999 die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas im Herzen Berlins. In diesem Beschluss heißt es auch: »Die Bundesrepublik Deutschland bleibt verpflichtet, der anderen Opfer des Nationalsozialismus würdig zu gedenken.« Anfang des Jahres 2000 wurde eine Bundesstiftung für das Holocaust-Mahnmal gegründet. Sie hat jedoch folgerichtig von Anfang an den gesetzlichen Auftrag, dazu beizutragen, »die Erinnerung an *alle* Opfer des Nationalsozialismus und ihre Würdigung in geeigneter Weise sicherzustellen«. Denn auch wenn der Holocaust, die Ermordung von sechs Millionen jüdischen Kindern, Frauen und Männern und die beabsichtigte Vernichtung des europäischen Judentums ein Alleinstellungsmerkmal unter den deutschen Massenverbrechen im besetzten Europa besitzt, so übernimmt Deutschland die moralische Verantwortung für *alle* Opfer des Nationalsozialismus. Aus diesem Grunde ehrt das Parlament seit 1996 sie alle zusammen am 27. Januar eines jeden Jahres, aus diesem Grunde hat die Bundesrepublik in ihrer Hauptstadt nationale Denkmäler auch für die verfolgten Homosexuellen, die ermordeten Sinti und Roma sowie die Opfer der »Euthanasie«-Morde errichtet. Sie werden gleichfalls von der genannten Bundesstiftung betreut.

Alle vier Erinnerungszeichen gehen auf Initiativen der Zivilgesellschaft oder von Interessengruppen zurück, derer sich der Deutsche Bundestag annahm. Im Sommer 2019 kamen schließlich Vertreter der Zeugen Jehovas auf die Stiftung zu und äußerten den Wunsch nach einem eigenen Mahnmal im Berliner Tiergarten. Die Zeugen sind die einzige Religionsgemeinschaft, die vom ersten Tag der nationalsozialistischen Diktatur an entschieden Widerstand gegen das Regime geleistet und anderen bedrängten Menschen geholfen hat – aus tiefer religiöser Überzeugung, geleitet allein von Mitmenschlichkeit. Sie verweigerten den Hitler-Gruß, die Aufnahme in staatliche Organisationen und den Kriegsdienst. Sie wurden verfolgt, in Konzentrationslager gesperrt, ermordet – im Deutschen Reich wie in den meisten eroberten Gebieten.

Die Sinteza Zilli Schmidt (1924–2022) erinnert sich in ihrem Buch »Gott hat mit mir etwas vorgehabt!« (2020, hrsg. von der Stiftung): »In Ravensbrück gab es [...] auch viele Zeugen Jehovas. Die haben sich für ihren Glauben aufhängen lassen, die hätten bloß sagen müssen: ›Wir gehen ab von unserem Glauben‹, da wären sie entlassen worden. Nein, das haben sie nicht gemacht, die haben sich aufhängen lassen. Die haben an ihrem Glauben festgehalten. In Ravensbrück waren die Zeugen Jehovas sehr stark

vertreten, die waren streng gläubige Menschen. Das waren die besten Menschen, die Zeugen Jehovas. Die waren nicht nur für sich selbst gut. Manchmal haben die in Ravensbrück – ich habe immer geweint vor Hunger, da haben wir doch so wenig zu essen gekriegt, – da haben die von ihren Broten Kuchen gemacht und gaben mir davon ab. [...] Das waren für mich die wertvollsten Menschen, die Zeugen Jehovas mit ihrem Glauben.« Zilli Schmidts Einschätzung ist keine Ausnahme – im Gegenteil: Jehovas Zeugen können als das moralische Rückgrat in den Konzentrationslagern bezeichnet werden. Mindestens 1.700 weibliche und männliche Zeugen verloren durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft ihr Leben.

Das geplante schlichte Kunstwerk, das die Ermordeten und die traumatisierten Überlebenden, deren Leid sich in der DDR fortsetzte, ehren soll, ist überfällig. Es würdigt den Mut der Zeugen Jehovas während des Nationalsozialismus und setzt zugleich ein Zeichen für Empathie, für religiöse Toleranz und gegen die Ausgrenzung von Minderheiten in der Gegenwart. Alle demokratischen Fraktionen des Deutschen Bundestages sollten sich verpflichtet fühlen, dieses erinnerungspolitisch herausragende Anliegen zu unterstützen.

Uwe Neumärker

Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas